

# Hallesche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Hallesche Neueste Nachrichten“ erscheint täglich Montag bis Samstag. Der Abonnementspreis beträgt 3.00 Reichsmark. Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Die Redaktion befindet sich in Halle, Mittelweg 17. Druckerei: Central-Druckerei, Central-Druckerei, Central-Druckerei. Die Anzeigen werden nach demselben Tarif berechnet, wie bei der „Halleschen Zeitung“.

## Neues in Kürze.

65 amerikanische Geschwader sind in Berlin eingetroffen, um dort Militär- und Zivilangelegenheiten zu erledigen. Wie berichtet, werden die Amerikaner von Berlin aus zu gleichem Zweck auch andere deutsche Städte aufsuchen.

Wie wir aus Köln erfahren, hat der Hauptverband des rheinischen Bauernvereins den Austritt des Vereins aus der Bewegung der deutschen Bauernvereine beschlossen, um den Weg freizumachen für eine einheitlichen Bauernorganisation der rheinischen Landwirtschaft unter der rheinischen Landwirtschaftskammer. — Der Reichstag bedeutet eine deutsche Rechtsfindung, da die Landwirtschaftskammer in schroffem Gegensatz zu Braun-Govering und damit auch zu den Demokraten steht.

Der Pariser „Herold“ meldet: Die neue Entwaffnungssatzung gegen Deutschland macht möglicherweise auch eine nochmalige Verschärfung des Abbaus der Besatzungsarmee „zur Notwendigkeit“. Bis heute sind noch keine Entscheidungen der Kommissare über die Herstellung der Kopfhelm-Produktion in die Truppenverbände ausgegeben worden.

Der holländische „Goranc“ meldet aus Rotterdam: Die noch immer für Genf bestehenden Schwierigkeiten finden Ausdruck in dem Stand der Weiden, die bei Soos in Domburg abgeholten werden. Für die Aufnahme Deutschlands in der letzten Tagung wurden am Sonntag gemeldet 172, für eine Veränderung des Völkervertrages 12.

Nach Mailänder Bärbermeldungen aus Vogen werden in Südtirol durch die bereits gemeldeten Maßnahmen der italienischen Regierung...

Nach einer in Berlin eingegangenen Meldung sind die beiden Großflieger der Deutschen Luftwaffe am 30. August nachmittags in Peking gelandet. Die zehntausend Kilometer lange Strecke wurde in zehn Tagesetappen zurückgelegt. Eine nach Tauchenden gläubige Menschenmenge, darunter zahlreiche führende Persönlichkeiten, erwartete in Peking die Ankunft der deutschen Flieger, die hier wie auf allen Stationen der langen Luftreise aufs herzlichste begrüßt wurden. Der deutsche Botschafter gab ihnen zu Ehren ein Essen.

Nach schätziger Kaufe bringen die Londoner Zeitungen wieder Bericht über die Lage in Rußland. Die „Morningpost“ meldet, die Arbeit in Webe- und Fabrikationsbetrieben für Glasgewebe und Textilien erlaube. Eine Wirtschaftskrisis in der „Gromob“ mühe abgebrochen werden. Die „Times“ melden aus Leningrad: Der Sowjet hat eine geforderte Beitragserleistung von 400 000 Goldrubel für ein Dieselfloßboot in Moskau verweigert.

Die Londoner „Times“ berichtet, in den Verhandlungen des englischen Parlaments sei gestern davon gesprochen worden, daß der Versuch werden den beiden von Lord Oxford und Lord George gestifteten Teilen der englischen Liberalen Partei vollkommen sei. Die formelle Trennung wurde bei der Festhaltung des Parlaments erwartet.

Die konservative Londoner „Morningpost“ meldet: Die Admiralität hat die Mittelmeer-Flotte der Gibraltarflotte überlagert. Die Lage in Beziehungen zu der Langrange zu bringen, ist nicht begründet, man will jede weitere Beunruhigung vermeiden.

In der französischen Stadt Bienne sind die Wälder in den Streit getreten. Die Rüstlichen Behörden haben sich wegen der Verpflegung der Bevölkerung an die Militärbehörden gewandt.

Der italienische Minister hat beschlossen, daß fünfzig als italienische Grenzwachen von einem Botschafter geleitet werden sollen, wie dies vom Januar am 24. August angekündigt wurde. — Damit ist das Selbstverpflichtung der Grenzschutzkräfte.

Die amerikanische Telegraphenagentur meldet, daß alle im Ausland vertriebenen Amerikaner, wenn in Madrid Ansuchen eingegangen sind, sofort in ihrer Wohnung einzuweisen. — Damit ist allerdings nicht gesagt, daß nicht ebenfalls nach Madrid Ansuchen eingegangen seien.

## Die Genfer Tagung hat begonnen.

Die Studienkommission des Völkerbundes trat am 30. August zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Sie war zunächst auf Grund der Ergebnislosigkeit der Vorkonferenz im März gebildet worden, um ein ständiges Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, und war am 10. Mai zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Anwesend waren die Vertreter von 14 Staaten, der fünfzehnte, Brasilien, an dessen Abwesenheit, war für die Aufnahme Deutschlands in Betracht zu ziehen. Die Leitung der Sitzung lag in den Händen des Schweizeren Klotz.

Als erster erhielt der spanische Vertreter Palacios das Wort. Er erklärte, daß Spanien seinen Anspruch auf einen künftigen Ratifizierung der Studienkommission ohne Debatte angenommen. Er lautet:

„Die nichtständigen Ratsmitglieder werden für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt unmittelbar nach ihrer Wahl an. Ein Drittel der Mitglieder wird jedes Jahr gewählt.“

### Frankreichs Abänderungsanträge.

Zum zweiten Drittel liegt ein französischer Abänderungsantrag vor, den Fremontegrand begründet, der die sofortige Bezeichnung der drei wiederwählbaren nichtständigen Ratsmitglieder durch die bevorstehende Völkerversammlung verlangt. Dagegen sah § 2 des Entwurfs vor, daß ein durch Ablauf des Mandats ausfindendes nichtständiges Mitglied nur mit Zweidrittelmehrheit nachgewählt werden könne. Der französische Antrag bedeutet also, die Wiederwahl bestimmter Mitglieder von vornherein festzusetzen, die bei bestimmten Fällen, wenn ein solches nichtständiges Mitglied nicht, nicht nur für eine Mandatsperiode, sondern von vornherein für zwei Perioden, n. a. W. auf sechs Jahre statt nur für drei Jahre gewählt würde und für sechs Jahre praktisch den Mandaten mit künftigen Ratifizierung gleichgestellt wäre. — Ferner beantragte Frankreich, die Zahl der nichtständigen Ratsebene von drei auf neun zu erhöhen. Der Zweck ist auch hier, ein Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerverbund zu schaffen, indem möglichst alle Ratsebenen Frankreichs zwar „nichtständig“, aber für die nächsten Jahre doch einen vollständigen Ratsebene erhalten.

### Der Streit in England.

Das englische Unterhaus ist gestern nachmittag zur Beratung über die Verlängerung der gegenwärtig des Generalrats der Regierung eingeleiteten außerordentlichen Kommissionen zusammengetreten. Verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei riefen dabei Zusammenkünfte hervor, der Sozialist Jack Jones wurde von der Sitzung ausgeschlossen.

Das Unterhaus stimmte dann der Verlängerung der Rohstoffmaßnahmen auf einen weiteren Monat mit 232 gegen 91 Stimmen zu und vertagte sich auf heute vormittag. Die Tagesordnung für heute steht die allgemeine Aussprache über die Rohstofflage vor. Das Oberhaus stimmte der Verlängerung der Rohstoffmaßnahmen ebenfalls zu.

Gestern kam es in Vontspool in der englischen Großstadt Portsmouth zu ersten Zusammenkünften zwischen Arbeitsschaffenden und Arbeitlosen. Die Polizei ging zweimal gegen die Menge von mehreren hundert Personen vor. Viele Personen wurden verletzt.

Die Londoner „Daily News“ meldet: Eine Rente, die gesellschaftliche Exploitation enthielt und geeignet gewesen wäre, das ganze Parlament in die Luft zu sprengen, ging dem Bureau des Informationsbüros für die Besatzungsarmee zu. Die Öffentlichkeit des Inhalts der Rente wurde sofort bekannt und der Inhalt ins Rollen gesetzt. Das ansehliche von Rommelenen gelang schließlich, das zu einer schweren Beschränkung der Streitkräfte geführt haben würde, konnte also glücklich verhindert werden.

### Verpflichtung der englischen Besatzungsarmee.

Der Vollzugsausfluß der Besatzungsarmee ist ein Desintegrierungsprozess für nächsten Donnerstag nach London einzubringen. Wie berichtet, besteht Grund zu der Annahme, daß in dieser Woche noch ein entscheidender Schritt von Seiten des Besatzungsarmeeoberbefehlshabers unternommen

Der Antrag betr. Wiederwählbarkeit wurde nach eingehender Debatte einem Interimsausfluß überwiegen, nachdem der Antrag des Präsidenten Klotz, die Zulässigkeit des Abänderungsantrages durch den Vorkonferenz entfallen zu lassen, auf Wunsch des englischen Vertreters fallengelassen wurde. Der Interimsausfluß besteht aus je einem Franzosen, Polen, Belgier, Engländer, Italiener, Ungariner, Schweizer, Schweden und Deutschen. Auch in dem zweiten Hauptpunkt des französischen Antrages (Verneuerung der nichtständigen Ratsebene) trat der englische Vertreter auf die Seite Frankreichs, worauf der italienische Vertreter seinen Einspruch wiederrief.

### Schweden protestierte sehr energisch.

da der Antrag eine Abänderung eines bereits anerkannten Grundgesetzes bedeute und die Gleichberechtigung aller Staaten bestimme. Aus Belgien war nicht ganz unverständlich, und Italien suchte zu vermitteln. Uruguay erneuerte den bereits im Mai gestellten Antrag auf Gewährung von drei nichtständigen Sitzen an die südamerikanischen Staaten. Der Antrag wurde auf Englands Hinweis, daß die Annahme zweifelhaft sei, bis zur Erörterung der Gesamtzahl der nichtständigen Sitze zurückgestellt.

Der Eindruck des ersten Tages ist folgender: Frankreich will auf jeden Fall ein Gegengewicht gegen Deutschlands künftigen Ratsebene schaffen, es setzt also seine alte Hauptpolitik gegen Deutschland, gestützt auf seine politischen Beziehungen, unerschütterlich an den Geist der Weltöffentlichung und unbedeutend der weitgehenden deutschen Zustimmung von Österreich, England (nicht die Kommissionen) und Italien. — Die englische Politik ist sehr vorsichtig, sie will sich nicht zu sehr für die Interessen der Weltöffentlichung an Stelle der Weltöffentlichung zu setzen, was als Maßstab der eigentlichen Friedenspolitik und praktisch als Verteidiger der deutschen Interessen auftritt.

Wahrscheinlich ist zu erwarten, daß Deutschland sich der ihm bevorstehenden Gefahren und der ihm über seine eigenen Interessen hinaus abliegenden Gefahr bewußt ist, der Weltöffentlichung aller als der einzigen Möglichkeit wirtschaftlicher Überlegenheit und schließlich Ausgleiche der Völkerverhältnisse zum Siege zu verschaffen.

### Einheitsfront der Aufwertungsorganisationen.

Die Aufwertungsorganisationen Deutschlands haben auf einer Tagung in Erfurt zu dem Zweck der Zusammenfassung der Reichsinnenminister vom 18. August 1922 Stellung genommen und sich zu einer einheitlichen politischen Kampffront zusammengeschlossen.

### Erwerbslosenhilfe und Dawesplan.

Der Reparationsagent ist wieder ein Berlin eingetroffen. Seine erste Tätigkeit war die Einberufung des deutschen Reichsreparationsrates für 1927. Wenn man dem Pariser „Matin“ glauben schenken darf, sollen die Reparationsmächte von Herrn Parker Gilbert über das sogenannte deutsche Reichsreparationsprogramm für die Erwerbslosen informiert werden, in dem man unter Umständen eine Beinträchtigung der deutschen Reparationsverpflichtungen erfordern müsse. Auch die Frage einer Anleihe für produktive Erwerbslosenhilfe dürfte nicht ohne Willen der Reparationsmächte entfallen werden.

— Die Deutschen mögen hungern, wenn die Militärten nach ihren Trüben erhalten! Gibt es etwas Unmenslicheres und etwas Deutlicheres Beweis, was es mit dem Dawesplan und der Weltöffentlichung und Völkerverhältnisse auf sich hat? Deutschland, Deutschland, werde hart!

Frau Bergstein, der erste weibliche Gouverneur in den Vereinigten Staaten, ist bei dem am Sonntag abgehaltenen Vorkonferenz am Stelle des Gouverneurs von dem Gouvernementsrat Dan Woody im Verhältnis 3:1 gewählt worden.

## Oesterreichs Abte.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Oesterreich geht bewegten politischen Wochen entgegen. Mit Inkrafttreten des Parlaments in den ersten Tagen des September wird zunächst die Frage einer Anleihe gegen das Kabinett Kamel erledigt werden müssen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Ministerkasselle erhoben, weil die Regierung nach Ansicht der Opposition bei Gewährung des Kredites von 62,5 Millionen Schilling an die von dem Zusammenbruch bedrohte Zentralbank der Deutschen Sparkassen nicht das Parlament rechtzeitig befragt, sondern sich die Genehmigung erst im Nachhinein geholt hat. Der Fall bildet also ein interessantes Gegenstück zu den Zahlungen der deutschen Reichsregierung an die Reichsbank.

Kritisch wird bei der letzten parlamentarischen Majorität des Kabinetts Kamel der Antrag, die Regierung in den Anleihezustand zu versetzen, der zur Ausführung kommen. Es wird aber in der Nationalversammlung bewegte Szenen geben, da der Berichterstatter der sozialdemokratischen Opposition die Regierung nicht schonen wird. Angenehm ist die Äußerung der Zentralbank für die Regierung keinesfalls, auch nicht für die Christlichsozialen (katholische) Partei, zumal die Sozialdemokraten das Schlagwort von den „geflügeln 62,5 Millionen“ bereits jetzt für die normal im März 1927 künftigen Wahlen bei allen Fronten und auch durch die des Parlamentes hinausgetragen, wie denn überhaupt die kommenden Wahlen die Haltung aller politischen Parteien in Oesterreich bestimmen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht für die Regierung aus dem langwierigen Kasselleproblem, das durch die Zahlungen der deutschen Reichsregierung an die Reichsbank...

die Regierung einleiten. Die Beamten sagen, daß eine Regierung, die 62 Millionen für die Zentralbank in wenigen Stunden flüssig machen konnte, auch in der Lage sein müsse, den Beamten gewisse geldliche Forderungen zu bewilligen.

Hier muß man zugeben, daß es Beamtenkategorien gibt, die in Oesterreich tatsächlich je bezahlt werden, daß es zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben ist. Es gibt Beamte, die nach mehr als zwei Dienjahren 130 Schilling (1 Schilling = 60 Fig.) im Monat beziehen, ohne daß es Remunerationen oder sonstige Zulagen gäbe. Diesen Unterbeamten kann man trotz der Lieberzahl an Beamten, an der Oesterreich schwer leidet, die Teilnahme nicht verweigern, und die Regierung wird, ob sie will oder nicht, etwas zur Aufbesserung der niederen Kategorien der Beamten tun müssen, wobei allerdings auch die übrigen ihren Hopen abnehmen wollen. Der geschlossenen antirevolutionären Beamtenliste gegenüber ist noch jede Regierung schonungslos.

Nach weit erörterten Sorgen plagen den Reichsminister Finanzminister Es ist vor allem die erwähnte Angelegenheit der Zentralbank, der die Regierung für die Herrschaft der Beamten außerordentliches Interesse von 62,5 Mill. Schilling zur Verfügung stellen mußte und jetzt bemüht ist, diesen Kredit wieder zu erhalten. Seit Wochen führt die Regierung Verhandlungen, die aber noch zu keinem Resultat geführt haben, da die von den Geldinstituten aufgestellten Bedingungen bisher nicht bewilligt worden sind. Immerhin hofft man in unterrichteten Kreisen, zu einer Regelung wenigstens in den Grundlagen noch vor der Reife des Bundeskanzlers Dr. Kamel nach Genf zu gelangen.

Man rechnet nämlich damit, daß auch die Angelegenheit des Zentralbankkreditbesandes der Beamten vor dem Völkerverbund liegen wird, zumal die Frage der Aufrechterhaltung der Budgetgleichgewichts in dem von Völkerverbund festgelegten Rahmen erörtert werden soll. Diesbezüglich glaubt die Herrschaftliche Finanzverwaltung ohne größere Sorgen sein zu können; man erklärt an den amtlichen Stellen in diesem Zusammenhang, daß die Gerichte, als ob die Regierung die 62,5 Mill. Schilling für die Zentralbank aus den Reffen des Völkervertrages entnehmen könnte, vollständig unmöglich seien. In dem kritischen Moment habe die Regierung aber genügend Gelder verfügt, die die Resten des Völkervertrages zur Finanzierung in der letzten Zeit herangezogen habe. Dieses Geld befindet sich auch in Oesterreich vertrieben, aber nicht als der Völkerverbund an Wien eine Anfrage wegen der Zentralbankkreditbesandes gestellt habe oder deren gehandelt werde, die Finanzkontrolle über Oesterreich wieder aufheben zu lassen.

In Genf wurde der Bundeskanzler aber auch die Angelegenheit...

